

Debatte

2020, Band 8, Heft 3

Seiten 123-128

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i3.627

Matthias Bernt, Andrej

Holm: ‚Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen‘

Kommentare von:

Barbara Schönig, Carsten

Keller, Carmen Leidereiter,

Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:

Matthias Bernt, Andrej Holm

Von der ostdeutschen zur marktliberalen Transformation

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Carsten Keller

Ein zentrales Anliegen des von Matthias Bernt und Andrej Holm verfassten Plädoyers für eine Ostdeutschlandforschung, die das Wohnen und politisch-institutionelle Faktoren in den Blick nimmt, verstehe ich so, dass mit dieser Perspektive der vorherrschende Blick auf Defizite in den neuen Bundesländern korrigiert werden kann. Der Blick auf die in Ost- gegenüber Westdeutschland existierenden Defizite scheint überall zu lauern: Von der (immer noch) geringeren Wirtschaftsleistung, den niedrigeren Löhnen und schlechteren tariflichen Absicherungen von Arbeitnehmer*innen, der schwächer entwickelten Zivilgesellschaft und dem geringeren Vertrauen in demokratische Institutionen über das Bild der/s sich gegenüber Westdeutschen als Bürger*in zweiter Klasse empfindenden Ostdeutschen („Jammer-Ossi“) bis hin zu den Wahlergebnissen der AfD und der sozialen Polarisierung der Städte: In welchen gesellschaftlichen Bereichen geht es eigentlich nicht um die Diagnose, dass in den neuen Bundesländern ein Defizit, eine negative Situation oder Entwicklung gegenüber den alten Bundesländern vorliegt? Wenn Bernt und Holm in ihrem Beitrag die Privatisierung des Wohnungswesens nach der ‚Wende‘ anhand der Restitutionsregelung und des Altschuldenhilfegesetzes nachzeichnen, wollen sie damit auch zeigen, dass hierin eine strukturelle Grundlage der Erfahrung von Abwertung bei den Ostdeutschen liege (Bernt/Holm 2020: 102). Die subjektive Erfahrung von ‚Defiziten‘ bei Ostdeutschen ist insofern durchaus real und berechtigt. Durch die Analyse „konkreter Machtverhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen“ werden diese Alltagserfahrungen jedoch „fundiert“ (ebd.: 97).

Nun begibt sich eine nach dem Mauerfall geborene ‚dritte Generation‘ auf die Suche, worin ihre spezifisch ostdeutsche Identität bestehe, die sie nach dem Untergang der DDR nach offizieller Ideologie eigentlich gar nicht haben dürfte. Droht sich auch diese Spurensuche am Ende wieder in die Geschichte von Defiziten des Ostens zu verstricken? Bei der Sichtung von Studien, die seit den 2010er Jahren von einer neuen Generation Ostdeutscher produziert werden, geht es Bernt und Holm wohl nicht um die Kritik an einer Defizitperspektive. In diesen Studien bleiben ihnen zufolge zwar politisch-institutionelle Perspektiven und Machtverhältnisse stark

unterbelichtet (ebd.: 101). Damit bleibt aber vor allem der Eigensinn ostdeutscher Alltagserfahrungen und Mentalitäten sozusagen in der Luft schweben, wie ein Kopf ohne Rumpf. Der Eigensinn wird nicht vermittelt mit strukturellen Eigenheiten der Transformation. Eigenheiten von politisch-institutionellen und ökonomischen Faktoren sind es, die nach Bernt und Holm nicht nur Alltagserfahrungen grundieren, sondern auch die Stadtentwicklung seit der ‚Wende‘ bestimmen: Sie stellen die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür dar, dass sich die ostdeutschen Städte polarisieren – in gentrifizierte Zentren und verarmte Großsiedlungen am Stadtrand (ebd.: 110).

Ein einseitiger Fokus auf Defizite, auf eine ostdeutsche Subjektivität und die Vernachlässigung struktureller Faktoren, das sind die drei Hauptbefunde, die Bernt und Holm der aktuellen Forschung zu den neuen Bundesländern diagnostizieren. Hinzu kommt, dass diese Forschung eher ein Randdasein führt. Nach einer institutionell geförderten Boomphase, die sich mit Karriereperspektiven vor allem Westdeutscher verband, ist die Transformationsforschung kaum mehr aus ihrem Schattendasein herausgetreten. Auch der jüngste Zuwachs an Studien hat nicht so ein Interesse wie in der Nachwendezeit erregt, als das ‚große Laboratorium‘ Ostdeutschland, das ‚Experiment Vereinigung‘ den Hunger nach neuen Erkenntnissen anstachelte.

Wohnforschung:

Die Kreuzung subjektiver und objektiver Realitäten

Bernt und Holm plädieren vor diesem Hintergrund für eine Erforschung des Wohnens in den neuen Bundesländern, um subjektive und objektive Realitäten der Transformation miteinander zu kreuzen. Denn die Untersuchung des Wohnens ist prädestiniert dafür, dass sich subjektive Erfahrungen mit politisch-institutionellen Faktoren und Machtverhältnissen vermitteln lassen. Auch die Historikerin Kerstin Brückweh (2019) hat vor Kurzem genau diese Perspektive eingenommen. Vor dem Hintergrund der Diagnose, dass Forschungen zur ostdeutschen Transformation sich bis heute in Untersuchungen zur institutionellen Makro- und subjektiven Mikroebene aufspalten, beleuchtet sie sozialwissenschaftliche Studien zum ostdeutschen Wohnen. Bei der Gegenüberstellung einer qualitativen Studie zur Restitution von Grund- und Wohneigentum in Kleinmachnow sowie quantitativer Daten der im Jahr 1990 gestarteten Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zeigt sie in der Tat einige neue Perspektiven auf.

So arbeitet Brückweh heraus, dass der Eigentumsgedanke zu DDR-Zeiten offenbar in deutlich stärkerem Maße fortbestanden hat, als es die Diagnose vom ‚Quasi-Eigentum‘ der Mietwohnung nahelegt. Der Staatssozialismus habe die Tradition des liberal-individualistischen Eigentumsverständnisses in 40 Jahren nicht wirklich durchbrochen. Diese These macht Brückweh (ebd.: 26 f.) zunächst am Eigentumsstreben von Hausbewohner*innen in Kleinmachnow und dem Agieren von Behörden fest. Auch das sich in den SOEP-Umfragen artikulierende Wissen der Ostdeutschen darüber, in welchen Eigentumsverhältnissen sie im Jahr 1990 wohnen, sieht Brückweh (ebd.: 35) als Indikator für das Fortbestehen eines liberal-individualistischen Eigentumsverständnisses. Zugleich wohnten, wie auch Bernt und Holm

zeigen, ein Viertel bis zwei Fünftel aller Ostdeutschen zur Zeit der ‚Wende‘ tatsächlich im Eigentum. Überraschend ist insbesondere der von Brückweh (ebd.: 37 f.) herausgestellte Befund, dass im Jahr 1992 nur elf Prozent der befragten Ostdeutschen von einem Restitutionsanspruch gegenüber ihrem Grundstück oder ihrer Wohnung berichten. Selbst wenn man die 18 Prozent der Befragten dazuzählt, die bei der Frage „weiß nicht“ angaben, ist das ein geringerer Umfang, als es die bisher wenigen Studien zum Thema Restitution nahelegen.

War die Verunsicherung im Wohnbereich zu Wendezeiten vielleicht doch nicht so grundlegend, wie Bernt und Holm in ihrem Beitrag diagnostizieren? Ein weiterer von Brückweh (ebd.: 39) referierter Befund weist in diese Richtung. So unterscheiden sich die Antworten der Ostdeutschen im Jahr 1990 kaum von denen der Westdeutschen im Jahr 1991 bezüglich der Frage, welche Sorgen sie sich hinsichtlich des Verlusts ihrer „bisherigen Nutzungs- und Vermögensrechte (z. B. an Wohnung, Grund und Boden, Gebäuden)“ machen: „Gut 14 Prozent der Befragten machten sich ‚große Sorgen‘, knapp 31 Prozent ‚einige Sorgen‘ und 55 Prozent ‚keine Sorgen‘.“ Zumindest quantitativ waren demnach Sorgen um Verluste im Wohnbereich in Ost- und Westdeutschland ähnlich ausgeprägt. Qualitativ wird es gleichwohl deutliche Unterschiede gegeben haben. Einer dieser Unterschiede war die allgemein größere Unzufriedenheit über den Wohnstandard in Ostdeutschland. Wie eine Studie von Alfons Silbermann (1993) zeigt, waren die Menschen insbesondere aufgrund der Ausstattung und Größe der Wohnungen durchschnittlich deutlich unzufriedener als im Westen.

Vielleicht hat diese Unzufriedenheit, die trotz der von Bernt und Holm beschriebenen hohen Wohnsicherheit bestand, dazu beigetragen, die Sorge vor Verlusten im Wohnbereich zu relativieren. Eine Wiederholung der Befragung von Silbermann zeigt jedenfalls, dass die Wohnzufriedenheit von Ost- und Westdeutschen sich im Zuge der Transformation einander annähert (Harth/Scheller 2012). Eine nachholende Modernisierung also? Diese Frage ist angesichts ihrer normativen Implikationen nicht einfach zu beantworten. Vielleicht ist an dieser Stelle die allgemeine Diagnose von Steffen Mau (2020: 13) hilfreich, dass die ostdeutsche Transformation in ihrer Bilanz als ein Nebeneinander von Angleichung und Abweichung, von Erfolgen und Verlusten erscheint. Die Gleichzeitigkeit von teils diametral einander entgegengesetzten Perspektiven auf einen Gegenstand, wie auf das Wohnen, zu verstehen, macht offenbar eine der Herausforderungen der Transformationsforschung aus.

Konzeptionelle oder empirische Studien?

Die Studie *Lütten Klein* von Mau (2020: 25 f.) wählt als Ausgangspunkt zur Untersuchung der ostdeutschen Transformation das sogenannte ‚Neubaugebiet‘ in Rostock. Zum Wohnen im ‚Plattenbau‘ und den dortigen Differenzierungsprozessen kehrt Mau (ebd.: 238 f.) auch am Ende seiner Studie zurück, in der er subjektive Alltagserfahrungen mit vielen Studien und Daten insbesondere zur Sozialstruktur kombiniert. Sicherlich ist seine Diagnose einer vielfachen ‚Fraktur‘ der ostdeutschen Gesellschaft etwas feuilletonistisch geraten. Aber warum erfüllt diese Studie ansonsten eigentlich nicht die

Kriterien, für die Bernt und Holm in ihrem Beitrag plädieren? Ebenso habe ich das Argument nicht ganz nachvollziehen können, dass es heute vor allem konzeptioneller und nicht-empirischer Untersuchungen zu Ostdeutschland bedürfe (Bernt/Holm 2020: 98 f.). Bernt und Holm haben die Debatten über Stadtentwicklung in den letzten Jahren mit einschlägigen empirischen Arbeiten geprägt, hier plädieren sie für Studien, die Machtverhältnisse konzeptionell in den Blick nehmen (ebd.: 110). Vielleicht würden sie präzisieren, dass solche konzeptionellen Studien selbstverständlich empirisches Material erheben und/oder analysieren sollten. Aber sind empirische Studien nicht stets auch konzeptionell angeleitet?

Dass die randstädtischen Plattenbaugebiete in den neuen Bundesländern sich zu „Armenhäusern“ entwickeln, wie Helbig und Jähnen (2018: 116) in ihrer Studie diagnostizieren, ist aus meiner Sicht jedenfalls eine Überraschung. Der Trend einer sozialen Abwärtsdrift der Plattenbaugebiete war stets umstritten – und er ist es bis heute. Auch die Zahlen, die Helbig und Jähnen (2019) zusätzlich in einer Sonderauswertung nennen, werden die ‚Gesundbeter*innen‘ der ehemaligen Neubaugebiete kaum davon abbringen, weiterhin von den ‚Potenzialen‘, dem ‚Erlebnis‘, der ‚Vitalisierung‘ et cetera dieser Wohngebiete zu reden, um dabei die soziale Dimension ins Kleingedruckte zu verlegen. Aber selbst wenn die aufwendige empirische Studie von Helbig und Jähnen politisch-institutionell kaum Konsequenzen mit sich bringen wird: Zu der wissenschaftlichen Debatte über Stadtentwicklung und Wohnen in den neuen Bundesländern liefert sie einen zentralen Beitrag. Für eine weiterführende Erforschung der ostdeutschen Transformation halte ich jedenfalls die Durchführung und Analyse von empirischen Studien für unerlässlich, gerade auch, um Entwicklungen im Bereich des Wohnens zu rekonstruieren und zu verstehen.

Transformation des Kapitalismus und Ost-West-Wechselwirkungen

Bernt und Holm (2020: 104 f.) führen zum Altschuldenhilfegesetz aus, wie Kredite der DDR-Staatsbank westdeutschen Geschäftsbanken übertragen wurden und sich die ostdeutsche Wohnungswirtschaft schlagartig mit immensen Zahlungsverpflichtungen konfrontiert sah. Ein kalter Schauer kann einem bei diesen Zeilen über den Rücken laufen. Da wird ein Herrschaftsmechanismus dargestellt, der, obwohl er sich im Zeitalter des globalen Kapitalismus vollzieht, älter ist als dieser, älter vielleicht selbst als die Macht der Zahlen. Durch Enteignung und Privatisierung wird Ostdeutschland zum „Labor eines finanzierten Wohnungsmarktes“, schreiben die Autoren und markieren damit eine dringende Forschungsperspektive (ebd.: 108). Denn gegenüber der neuartigen Erschließung des Immobiliensektors durch das Kapital stochern wissenschaftliche wie staatliche Akteure weitgehend wie in einer Dunstschwade herum, deren bedrohlicher Charakter gefühlt, aber nur in seltenen Augenblicken empirisch erfasst wird.

Wolfgang Engler und Jana Hensel (2018) formulieren, dass die Ostdeutschen mehrheitlich den rheinischen Kapitalismus wollten, aber mit der ‚Wende‘ den Neoliberalismus bekamen. Es kam zu einer doppelten Transformation der deutschen Gesellschaft. Warum aber setzt sich mit dem Fall des

Eisernen Vorhangs die von Thatcher in Großbritannien zuvor schon exerzierte neoliberale Ideologie so ubiquitär durch – nicht nur in Deutschland, sondern im Grunde in ganz Europa? Nur vordergründig erscheint eine Antwort einfach. Betrachtet man Bereiche wie das Wohnen, so stellt sich etwa die Frage, warum die Schleifung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, dessen Grundlage in der Weimarer Republik gelegt wurde, in die Jahre 1989/90 fällt? Die Deregulierungsideologie erfasst die ‚neuen Länder‘, wird dem monströs erscheinenden öffentlichen Sektor als Medizin verordnet, von den Schulen und Verwaltungen über das Wohnungswesen bis hin zur produzierenden Wirtschaft. Und sie wirkt auf Westdeutschland zurück. Diese Rückwirkungen in der Perspektive einer ‚doppelten Transformation‘ der deutschen Gesellschaft zu erforschen, steht hinsichtlich des deutsch-deutschen Wohnungswesens noch aus.

Ost-West-Rück- und Wechselwirkungen, mit diesem Argument möchte ich den Kommentar schließen, sollten auch in weiteren Bereichen der Transformation erforscht werden. Überzeugend führte etwa Claus Offe (1994) aus, dass der hartnäckige Blick auf das Diktatorische der DDR auch die Funktion erfüllt, von der diktatorischen Vergangenheit der westdeutschen Geschichte abzulenken. Auch vor der ‚Wende‘ ließen sich Wechselwirkungen und Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten erkunden. Hält man etwa Jutta Ditfurths (2007) Biografie von Ulrike Meinhof den Tagebuchaufzeichnungen von Brigitte Reimann (2000) gegenüber, so treten einem kleinbürgerlicher Geist, autoritäre Erziehung und Repression in beiden deutschen Gesellschaften der 1960er Jahre in erstaunlichem Maß entgegen. Hinter den Defiziten im Osten lauern auch Defizite im Westen. Das gilt auch für die Entwicklung rechtspopulistischer Strömungen und Parteien wie der AfD, deren Führungspersonal bekanntlich überwiegend westdeutsch ist. Oder: Welche Wege verlaufen vom ‚NSU‘ zum ‚NSU 2.0‘?

Dieser Artikel wurde durch den Publikationsfonds der Universität Kassel gefördert.

Autor_innen

Carsten Keller ist Soziologe und arbeitet im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie, Migrations- und Ungleichheitsforschung.
carsten.keller@uni-kassel.de

Literatur

- Bernt, Matthias / Andrej Holm (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8/3, 97-114.
- Brückweh, Kerstin (2019): Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der „Wende“. In: Zeithistorische Forschungen 16, 19-45.
- Ditfurth, Jutta (2007): Ulrike Meinhof. Die Biografie. Berlin: Ullstein.
- Engler, Wolfgang / Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein. Berlin: Aufbau.
- Harth, Annette / Gitta Scheller (2012): Das Wohnenerlebnis der Deutschen. Eine Wiederholungsstudie nach 20 Jahren. Wiesbaden: VS.

- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. (Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Helbig, Marcel / Stefanie Jähnen (2019): Die soziodemografische Entwicklung der industriell errichteten Wohnsiedlungen in 14 ostdeutschen Städten. Analysen einer Bewohnerschaft zwischen Stabilität und Wandel. (Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Mau, Steffen (2020): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/New York: Campus.
- Reimann, Brigitte (2000): Alles schmeckt nach Abschied. Tagebücher 1964-1970. Berlin: Aufbau.
- Silbermann, Alphons (1993): Das Wohnerlebnis in Ostdeutschland. Eine soziologische Studie. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.